

A. Themenblock 1: Wissenschaftsministerium und Minister

1. *Die Änderung des Bundesministeriengesetzes und damit die Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium (Bundesministeriengesetz-Novelle 2014) hat das neue Ressort mit der Bezeichnung „Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft“ hervorgebracht.*
 - a. *Wie vertragen sich Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort, welche sachliche und politische Begründung hat das aus Ihrer Sicht? Welche Kritik haben Sie nach der Erfahrung einer Legislaturperiode? Würden Sie für die kommende Periode für eine andere Konstellation votieren? Wieder ein eigenständiges Wissenschaftsministerium?*
 - b. *Die aktuelle Konstellation ist nicht einzigartig, es gibt inner- und außereuropäische Beispiele. Wie bewerten Sie diese Erfahrungen mit Bezug auf Österreich? Konnte in anderen Ländern diese Konstellation besser genützt werden?*
 - c. *Zu Beginn wurden Befürchtungen laut, dass in dieser Konstellation der Ressorts die Grundlagenforschung leiden und die angewandte Forschung bevorzugt werden wird. Oder dass die Geistes- und Sozialwissenschaften leiden und die WiWi- und MINT-Fächer bevorzugt werden. Oder dass die wissenschaftliche Lehre universitären Charakters gegenüber der Lehre fachhochschulischen Charakters ins Hintertreffen geraten könnte bzw. generell der Fachhochschulsektor zu Ungunsten des Universitätssektors verstärkt werde. Was können Sie nach einer Legislaturperiode auf diese ursprünglich geäußerten Befürchtungen antworten?*
 - d. *Mal die Wirtschaft außer Acht gelassen: Der ULV hat schon länger für eine Zusammenlegung aller Forschungsagenden in einem Ressort plädiert. Das ist ja mit der Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium nun quasi passiert. Welche Effekte haben sich von dieser Zusammenlegung der Forschungsagenden ergeben? Z.B. hinsichtlich der Doppelgleisigkeiten und einer transparenten und gleichwertigen Vergabe der Forschungsmitteln?*

Die Wissenschaft sollte auf jeden Fall vom Wirtschaftsministerium wieder abgekoppelt werden. Entweder als Wissenschaftsministerium oder eingebettet in ein umfassendes Bildungsministerium. Die zweite Variante hätte u.a. den Vorteil, dass die PHs und Universitäten in einer Verwaltung wären. Weiters auch, dass der Übergang „Matura“ zur tertiären Ausbildung besser geregelt werden könnte.

2. *Die quasi Verschiebung der Wissenschaftsagenden in das Wirtschaftsministerium hat viel Kritik hervorgerufen (zusammenfassbar unter dem Diktum: Wissenschaft als Verschubmasse). Tatsache ist, dass die Wissenschaftspolitik gerade der letzten Jahre, in denen es eben ein eigenständiges Wissenschaftsministerium (unter Hahn, Karl und Töchterle) gegeben hat, in einem steigenden Maße Kritik der Betroffenen hervorgerufen hat.*
 - a. *Von verschiedenen Seiten wurden die Desiderata und Problemfelder an den Universitäten aufgezeigt. Die Stimmung könnte man diesbezüglich zwischen Verzweiflung und Resignation ansiedeln. Was sind aus Ihrer Sicht die dringlichsten universitären Baustellen, z.B. die Top 5? Und wurden diese in der zu Ende gehenden Legislaturperiode angegangen?*
 - b. *Manche meinten, jetzt sei endlich – und gerade auch wegen der Auflösung des BMWF – die Zeit für wirklich notwendige Reformen gekommen. Inwiefern konnte die zu Ende gehende Legislaturperiode für erhoffte Reformen genützt werden?*

Die dringlichsten „Baustellen“ aus Sicht der FPÖ sind:

- Die Finanzierung gehört geändert. Einerseits das Budget erhöht, andererseits auf eine echte Studienplatzfinanzierung umgestellt.
- Der Zugang gehört neu geregelt: Eine willkürliche Beschränkung ist nicht zielführend. Die „Matura“ (standardisierte Reife-/Diplomprüfung) bzw. Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung soll die maßgebende Zulassungsvoraussetzung bleiben.
- Reformierung der Sekundarstufe 2 / „Matura“ – Niveausteigerung! Die Zielbildungseinrichtungen müssen Mitspracherecht bei den Inhalten der „Matura“ haben.
- Für Nicht-Österreicher aus dem EU-Raum sind kostendeckende Ausgleichszahlungen durch die EU zu verhandeln. Aktuell sind das größenordnungsmäßig etwa 600 Mio. Euro/Jahr. Drittstaatsangehörige zahlen kostendeckende Studiengebühren.
- Das Karriere-Modell soll an das Modell des IST-Austria angeglichen werden. Nach einer befristeten Bewährungszeit soll eine unbefristete „Lebenszeitprofessur“ erreichbar sein, jedoch ohne Automatismus

3. *Als nach der Zeit von Ministerin Gehrler (wieder) ein eigenständiges Wissenschaftsministerium geschaffen wurde, herrschte in der SciCom – trotz Bologna und UG2002 – irgendwie freudige Aufbruchsstimmung. Alle drei Minister bekamen zu ihrem jeweiligen Amtsantritt eine Art Vorschussvertrauen. Bei Hahn sagten alle: Ah, ein Philosoph! Dann kamen nicht enden wollende Studentenproteste und schließlich die Plagiatsaffäre. Bei Karl sagte man: Arbeitsrechtlerin, habilitiert, Mittelbauerin/ehem. Univ.-Ass. – die weiß, wovon sie spricht, das passt! Dann kamen die Auflösung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Einsparungen, Einsparungen, Einsparungen. Schließlich kam Univ.-Prof. Töchterle, und alle sagten: Endlich einer von uns, gelehrt, intellektuell, erfahren. Und dann ging politisch scheinbar nichts mehr. Heute sind viele einfach nur enttäuscht (quasi ein Déjà-vu bez. BM a.D. Univ.-Prof. Tuppy). Über BM Mitterlehner und dann BM Mahrer als neue Wissenschaftsminister gab es aus der SciCom kaum Kommentare, weder positiv, noch negativ, scheinbar keine Erwartungshaltungen, auch keine Kritik. (Kritische Kommentare bezogen sich im Wesentlichen auf die Auflösung des BMWF.) Wie nehmen/nahmen Sie als Wissenschaftssprecher die beiden handelnden Personen als Wissenschaftsminister im parlamentarischen Umgang, etwa im Wissenschaftsausschuss oder im Plenum u.a. persönlich wahr? Welche Erwartungen hatten/haben Sie an beide Minister, wurden sie erfüllt oder enttäuscht?*

Sämtliche ÖVP-Minister der letzten Jahre waren sehr enttäuschend, da der einzige wesentliche Inhalt deren Hochschulpolitik war: Studienplatzbegrenzung und Studiengebühren, Und das beides auf Kosten der österreichischen Studenten.

B. Themenblock 2: Universitätskarrieren und Wissenschaftsnachwuchs

4. *Als Vorsitzende des ULV an der Universität Wien vertreten wir alle an der Universität tätigen WissenschaftlerInnen, angefangen bei TutorInnen, StudienassistentInnen und anderen studentischen MitarbeiterInnen über LektorInnen und WissenschaftlerInnen in der dritt-mittelfinanzierten Forschung sowie die mehrheitlich befristet und zu einem sehr geringfügigen Teil auch unbefristet angestellten UniversitätsassistentInnen bis hin zu den Habilitierten (PDs, Assoz.Profs., ao.Profs) und den berufenen ProfessorInnen. Traditionell haben wir an den österreichischen Universitäten immer noch steile Hierarchien und strikte Kurien-einteilungen. Der ULV plädiert seit Jahren für eine Aufgabe dieses aus unserer Sicht antiquierten und teuren Systems und für die Einführung des international üblichen, auf Konkur-*

renz basierenden Faculty-Modells – also alle WissenschaftlerInnen post-Doc in einer gemeinsamen Gruppe – mit durchlässigen Karriereschienen. Wir stehen damit in Opposition zu einer – qualifizierten – Minderheit im UniversitätsprofessorInnenverband. Unter BM Hahn stand das Faculty-Modell als zukunftsweisendes System nahe an der Einführung, dann kam sein Jobwechsel. BM Karl war auch dafür, aber zu kurz im Amt. Unter BM Töchterle war dies scheinbar nur ein Randthema. De facto haben alle internationalen Top-Universitäten das Faculty-Modell. Wie stehen Sie dazu? Inwiefern hat dieses Thema für Sie als Wissenschaftssprecher in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Rolle gespielt? Welche Lösungen würden Sie in der kommenden Legislaturperiode vorschlagen?

Siehe auch Frage 2 der wichtigsten Punkte: Das Karriere-Modell soll an das Modell des IST-Austria angeglichen werden. Nach einer befristeten Bewährungszeit soll eine unbefristete „Lebenszeitprofessur“ erreichbar sein, jedoch ohne Automatismus. Darüber hinaus müssen Maßnahmen ergriffen werden, um österreichischen Spitzenforschern den Verbleib in der Heimat schmackhaft zu machen. Beispielsweise durch langfristige Finanzierungszusagen und den Aufbau von Exzellenzclustern. So wäre ein Forschungsfinanzierungsgesetz (wurde seitens der Bundesregierung schon seit 2009 versprochen) dringend notwendig. Auch eine Verlängerung der Leistungsvereinbarungsperiode auf fünf Jahre brächte mehr Planungssicherheit für längerfristige Personalplanungen.

5. *Einer der wesentlichen Kritikpunkte an den Reformen, Reförmchen, und Deformationen im universitären Bereich in den letzten Jahren war z.B. der weitestgehende Rück- bzw. komplette Abbau der inneruniversitären Demokratie. Das Motto des ULV lautet „Universität ist Leistung durch Kooperation und Verantwortung durch Partizipation“. Mit der erstmaligen Einführung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums unter Hertha Firnberg kam auch ein entsprechendes UG mit einem hohen Maß qualitätvoller, wenn auch aufwendiger inneruniversitärer Demokratie. Gehen die Ansprüche gesellschaftlicher und universitärer Realität in unserem Land nicht diametral auseinander, wenn wir mehr Demokratie in der Gesellschaft verlangen (mehr direkte Demokratie, mehr Volksbefragungen und -abstimmungen, neues Wahlrecht mit erhöhter Bedeutung der Vorzugsstimmen etc.) und in der Universität die Demokratie nun praktisch völlig dekonstruiert ist? Sind von Ihnen z.B. Vorschläge zu gesetzlichen Korrekturen in dieser Hinsicht (z.B. Stichwort: Drittelparität – etwa im Senat) zu erwarten?*

Ein entsprechendes Mitspracherecht ist zu gewährleisten, jedoch muss eine entsprechende Entscheidungshoheit bei der Leitung bleiben, da diese letztendlich auch für die Erfüllung der Leistungsvereinbarungen verantwortlich ist.

6. *Das Fehlen durchlässiger Karrierewege an den österreichischen Unis sowie das weithin gehende Fehlen von Laufbahnstellen an den Universitäten sind zwei wesentliche Gründe, warum in unserem Land für NachwuchswissenschaftlerInnen kaum mehr attraktive Karriereperspektiven gegeben sind. Nachteilige Wechselwirkungen von Kettenvertrags- und Kollektivvertragsregelungen, die ursprünglich als Schutzmaßnahmen für die ArbeitnehmerInnen gedacht waren, verschärfen die Situation. Der Brain Drain ist bereits seit Jahren Realität (gerade über den Medizinernachwuchs wird aktuell verstärkt diskutiert) und die Erfahrung zeigt, dass der Back Flow trotz staatlicher Programme (vgl. z.B. die Gründung von Ascina unter BM Gehrler u.a.m.) eher gering ist. Dadurch entsteht nicht nur für die österreichische Wissenschaft, sondern auch für die österreichische Volkswirtschaft ein veritabler Schaden.*

Die meisten österreichischen UniversitätsrektorInnen (und auch viele DekanInnen) scheinen für dieses Problem eher unempfänglich zu sein. Doch gerade für Sie als Wissenschaftssprecher könnte dieser Aspekt der Fehlentwicklungen an den österreichischen Unis ein besonderes Anliegen sein?

Siehe Beantwortung von Frage 4

- 7. Apropos Wissenschaftsnachwuchs und Brain Drain: Sowohl der FWF als auch die ÖAW sowie die Wittgensteinpreisträger u.a. haben in der jüngeren Vergangenheit vermehrt gerade auf das dringliche Problem nicht nur der strukturellen, sondern auch der finanziellen Förderung der österreichischen Nachwuchswissenschaft hingewiesen und vor dem – in der Realität bereits vorhandenen – Prekariat in der Nachwuchswissenschaft gewarnt. Beim FWF können als exzellent bewertete Projekte mangels Budget zu einem Besorgnis erregend hohen Prozentsatz nicht mehr bewilligt werden und insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen als Neuantragssteller haben bei der Vergabe der Mittel sehr reduzierte Chancen. Die ÖAW musste die Zahl ihrer Qualifikationsstipendien verringern, das DOC-FemForte-Programm wurde überhaupt gestrichen (ausgerechnet die Förderung von Frauen in der Technologie wurde gestrichen). Bei der letzten allgemeinen Ludwig-Boltzmann-Ausschreibung kamen von letzten Top-10 als exzellent bewerteten Bewerbungen aufgrund der Budgetlage nur mehr 3 zum Zug. Auch die Budgetsituation ist eine wesentliche Ursache des Brain Drain. Werden Sie hier durch Ihre Arbeit im Parlament mit entschlossenen Maßnahmen entgegensteuern können? Wie könnten diese aussehen?*

Die FPÖ fordert in ihrem freiheitlichen Wirtschaftsprogramm für Offensivmaßnahmen eine Milliarde Euro für die Grundlagenforschung. Neben der Bereitstellung dieser zusätzlichen öffentlichen Mittel ist es auch notwendig, den privaten Sektor stärker zu motivieren. Auch die Universitäten sind dabei gefordert, echte Drittmittel einzuwerben. Über ein Anreizsystem soll es für diese Mittel zusätzlich öffentliche Gelder geben.

- 8. Österreichische NachwuchswissenschaftlerInnen leiden nicht nur an strukturellen und finanziellen Defiziten, sondern teils auch an der gelebten Praxis an den österreichischen Universitäten, die sie in ihrer Qualifikation und damit in ihren Karrieren behindern. Mancherorts werden JungwissenschaftlerInnen in der Abhaltung der Lehre (z.B. hinsichtlich bestimmter LV-Typen) eingeschränkt, mancherorts in der Betreuung von Qualifikationsarbeiten (also werden als Betreuer ohne Habilitation für Master-Arbeiten oder Dissertationen ohne sachliche Begründung nicht zugelassen). Mittel zur Mobilität von NachwuchswissenschaftlerInnen werden mitunter eingeschränkt oder die Mobilität behindert statt gefördert. Freistellungen z.B. für Gastlehre an einer anderen Universität (oder Sabbatical o.ä.) werden gar nicht oder nur teilweise gewährt. Generell wird der Zugriff auf Ressourcen eines Instituts (Sekretariat etc.) oft stark eingeschränkt. Diese Einschränkungen sind rechtlich, sachlich, fachlich und auch budgetär völlig unbegründet, sondern sind eher der aktuelle Ausdruck traditioneller hierarchischer Gefälle und überkommenen Kuriendenkens. Daraus erwachsen dem österreichischen Wissenschaftsnachwuchs im europäischen bzw. internationalen Wettbewerb völlig unnötige Karrierenachteile. Bei kompetitiven Bewerbungen um höher- und hochwertige Stellen im Ausland können sie dann im unmittelbaren Vergleich mit KollegInnen aus anderen Ländern dann oft in wichtigen Teilbereichen (z.B. Lehre, Betreuung etc.) nur bescheidenere Leistungsbilanzen vorweisen und daher nur sehr schwer oder gar nicht reüssieren. Welche Maßnahmen kann hier die Politik setzen?*

Siehe Beantwortung der Fragen 4 und 7

C. Themenblock 3: Zukünftige Strukturen der Hochschul- und Forschungslandschaft Österreich

9. *In die Zeit des eigenständigen Wissenschaftsministeriums fällt auch der Kahlschlag in der außeruniversitären Forschung in Österreich. Viele renommierte Institute, erfolgreiche Forschungsprogramme und -projekte sowie bedeutende Publikationsorgane standen plötzlich vor dem Aus. Gerade auch hier wurden viele WissenschaftlerInnen in der Mid-Career freigesetzt und viele von diesen – Kritiker sagen: die Besten – sind mittlerweile aus Österreich abgewandert. Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die außeruniversitäre Forschung für unser Land? Welche kann oder sollte sie spielen?*

Die Forschungsinfrastruktur ist im Rahmen der Universitätsfinanzierung sicherzustellen, allerdings ist eine teils grundlegende Neustrukturierung des Universitätsangebotes notwendig. Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Universitäten mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist zu intensivieren. Projekte wie das „Silicon Austria“ zur Bündelung von Forschungsaktivitäten gilt es zu unterstützen.

10. *Vom Kahlschlag der außeruniversitären Forschung zunächst nicht unmittelbar betroffen war z.B. die ÖAW. Die ÖAW wurde gerade in den letzten Jahren programmatisch zum Flaggschiff der österreichischen Wissenschaft hochstilisiert, unter Töchterle hat sie vorübergehend stark und unter massiven Protesten aus dem In- und Ausland an Substanz eingebüßt. Das Schrumpfen des Stipendienprogramms wurde schon angesprochen. Mit Prof. Zeilinger hat die ÖAW einen international höchst renommierten Präsidenten als Ansprechpartner für die Politik. Welche Rolle sehen Sie für die ÖAW in den nächsten 10 Jahren?*

11. *Auch der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren unter den eigenständigen Wissenschaftsministern eine strategische Schlüsselstelle in der österreichischen Forschung zugewiesen. Warum eigentlich ausgerechnet – und quasi nur – die LBG, das wurde kaum je politisch thematisiert. Mit Josef Pröll amtiert auch dort ein Präsident, der kein Unbekannter ist, und die anderen Mitglieder des Vorstands sind in der österreichischen Wirtschaft ebenfalls höchst prominent. Welche Bedeutung messen Sie der LBG in Zukunft zu?*

Beide Institute haben eine wichtige Funktion und sollten ausreichend dotiert werden.

12. *Eine medizinische Fakultät oder Universität in Linz war viele Jahre ein kontroverses wissenschaftspolitisches Thema. Nun würde die Fakultät errichtet. Was ist Ihre Position dazu?*

13. *Über potentielle Zusammenlegungen von Universitäten an einem Standort wurde zu Beginn der Legislaturperiode noch gesprochen, wurde aber rasch in der politischen Diskussion fallen gelassen. Wie stehen Sie dazu?*

Grundsätzlich ist eine Neustrukturierung des tertiären Angebotes notwendig, wobei die Regionalität nicht völlig außer Acht gelassen werden darf.

14. *Der Sektor der Privatuniversitäten ist in Österreich vergleichsweise wenig entwickelt. Medial werden Privatunis wenig thematisiert. Im gesellschaftlichen Diskurs wird mitunter gering-schätzig über „gekaufte Abschlüsse“ gesprochen. Politisch wurde zuletzt verstärkt die Beteiligung von öffentlichen Unis an Privatunis kritisiert. Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht Privatunis in Österreich spielen? Wo sind ihre Stärken und Schwächen, allgemein und gerade im Bezug auf die Situation in Österreich? Welche Rolle sollen die öffentliche Hand bzw. öffentliche Unis für die Entwicklung des privaten Universitätensektors spielen?*

Die FPÖ bekennt sich zu den Privatuniversitäten. Die Qualität dieser – insbesondere im Bereich Forschung – muss allerdings gewährleistet sein. Zusätzlich soll durch die Schaffung eines Privat-fachhochschulgesetzes den privaten tertiären Bildungseinrichtungen eine weitere Möglichkeit geboten werden. Für alle tertiären Bildungseinrichtungen gibt es eine gemeinsame Qualitäts-agentur. Die AQ-Austria übernimmt somit auch die Zuständigkeit für die Pädagogischen Hoch-schulen. Die Tätigkeit der AQ-Austria wird evaluiert – insbesondere mit dem Augenmerk da-rauf, die Verwaltungsaufgaben für die tertiären Bildungseinrichtungen zu reduzieren. Die Quali-tätssicherung soll auf dem Grundsatz „Vertrauen“ aufbauen.

15. *Zum Thema Fachhochschulen „versus“ Universitäten*

- a. *Die Leistungen, und damit verbunden die Finanzierung der Unis und FHs werden immer wieder miteinander verglichen. FHs fühlen sich meist benachteiligt, Unis un-fair gemessen. Der vollen Studienplatzfinanzierung an den FHs steht die zuletzt bren-nende Frage der Studienplatzfinanzierung und Betreuungsverhältnisse an den Unis gegenüber. In punkto Betreuungsverhältnisse ist der Berechnungsmodus meist sehr verzerrt, je nachdem, wer was darstellen will. Bei den FHs wird immer wieder ein Qualitätsproblem moniert: Wer für einen FH-Abschluss bezahlt, bekommt ihn auch. Die Unis werden nach Abschlüssen gewertet, die StudienanfängerInnenzahlen spielen da keine Rolle – eine Postfestum-Bewertung, die um mindestens 4 Jahre nachhinkt und nie up-to-date ist (so wie die Impact-Faktoren der Zeitschriften top-aktuelle Spitzenforschung nie ranken und daher ein veraltetes System favorisieren und vers-tärken). Wie bewerten Sie das neue Modell für die Studienplatzfinanzierung, das 2019 implementiert werden soll? Wie sollen Universitäten finanziert werden: Verhältnis staatliche Finanzierung zu Drittmittel*
- b. *Auch die Aufwertung von FHs und die Durchlässigkeit der Ausbildungsschienen sind immer wieder ein Thema. Die Universitäten lehnen die Durchlässigkeit aus bestimm-ten Gründen ab. FHs und Unis haben unterschiedliche Zielsetzungen! Welche inhalt-lichen Argumente sprechen für die Durchlässigkeit, außer dass die Wirtschaft es möchte? Welche Auflagenpolitik kann gefahren werden?*

Die Universität ist eine Bildungseinrichtung mit forschungsgeliteter Lehre, die Fachhochschule eine Ausbildungseinrichtung mit einer Forschungskomponente. Das Promotionsrecht bleibt den Universitäten vorbehalten (Ausnahme ISTA). Auf eine hohe Durchlässigkeit zwischen Fach-hochschule und Universität ist ein besonderes Augenmerk zu legen.

16. *PädagogInnenbildungNeu:*

Das alte Lehramtsstudiensystem mit der klassischen Aufteilung zwischen PädAks bzw. PHs und Unis für die Qualifikation zum Unterricht in den verschiedenen Schulstufen ist in Trans-

formation so wie auch das Bild vom und die Qualifikation der Lehrkraft. PHs und Unis müssen in der Ausbildung stärker kooperieren. Wie soll ihrer Meinung nach die politische Verantwortung für eine ideale Lehramtsausbildung organisiert sein? Vereint in einem Wissenschaftsministerium? Oder vereint in einem Bildungsministerium? Oder in Kooperation beider Ministerien? Wo soll die Ausbildung der ElementarpädagogInnen in diesem System verortet sein? Und dann auch die politische Verantwortung dafür? Welche Rolle sollen die Unis und welche die PHs spielen?

Die gestartete Zusammenarbeit zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten ist fortzusetzen. Eine Integration der PHs in die Universitäten ist zu prüfen. Die Verantwortung gehört in eine Hand. Idealerweise auch jene für die Elementarpädagogik, sofern man sich für eine tertiäre Ausbildung entschließt.

D. Themenblock 4: Lehre

17. An den Universitäten wurde die Forschung in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt gestellt, sämtliche Evaluierungen von WissenschaftlerInnen stellen auf Forschungsevaluierung ab. Dabei rückt vor allem durch die kurzfristigen Anstellungsverhältnisse und eben die Schwerpunkte in der Evaluierung die Qualität der Lehre weiter in den Hintergrund. Welche Schritte sehen Sie zur Stärkung des Stellenwerts der universitären Lehre und zur Unterstützung derer, die sich in der Lehre einsetzen?

Für uns gibt es keinen Gegensatz von Lehre und Forschung. An den Universitäten ist auf die forschungsgeleitete Lehre Bedacht zu nehmen, der Tendenz zur reinen Berufsausbildung und „Verschulung“ muss entgegen gewirkt werden.

18. Eine Frage, die v.a. die Studierenden interessieren wird: Durch die Bologna-Struktur sind die Auslandsaufenthalte in manchen Studienrichtungen eher zurückgegangen, da 1-2 Auslandssemester bei 6 Semestern (Bachelor) bzw. 4 Semestern (Master) insgesamt sehr kurz sind. Wie können Studierende hier besser gefördert werden?

19. Noch zu Bologna: Der Wechsel zwischen Bachelor und Master auf eine andere Uni ist durch die Heterogenität der einzelnen Universitäten schwieriger geworden. Die Universitäten suchen sich jetzt nach ihren Profilen die Studierenden aus. Ist das für Sie erstrebenswert oder soll man die Autonomie hier in Richtung Durchlässigkeit einschränken?

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses soll einer Evaluierung unterzogen werden, mit der Zielsetzung zu überprüfen, wo Nachbesserungen notwendig sind, aber auch, ob „Bologna“ für alle Studienrichtungen zwangsweise umzusetzen ist oder ausgesetzt werden kann. Eine völlige Aussetzung bzw. Rückkehr zum „alten“ System wird als nicht sinnvoll erachtet. Die Anrechenbarkeit von Prüfungen – auch zwischen Fachhochschule und Universität bzw. anderen Bildungseinrichtungen, aber vor allem international – soll von den jeweiligen Einrichtungen autonom, einfach und transparent gewährleistet werden, um die Mobilität und Durchlässigkeit zu steigern.